



EINIGUNG AUF NEUWAHLEN POLNISCH-UKRAINISCHE BEZIEHUNGEN

■ DOKUMENTATION		
Die Einigung auf Neuwahlen im September		2
<hr/>		
■ ANALYSE		
Die polnisch-ukrainische Partnerschaft: Probleme und Aussichten		4
Von Mykola Rjabtschuk, Kiew		
■ DOKUMENTATION		
Deklaration zur Verständigung und Versöhnung (1997)		7
Road Map für die Polnisch-Ukrainische Zusammenarbeit 2007 – 2008		9
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Statistiken zum Außenhandel		11
Polen und seine Nachbarn		12
■ DOKUMENTATION		
Euroregionen mit ukrainisch-polnischer Beteiligung		13
Von Halyna Kokhan, Kiew		
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 22. Mai bis zum 11. Juni 2007		16

Die nächste Ukraine-Analyse erscheint am 26. Juni. Themen werden erstens der bevorstehende Wahlkampf und zweitens das Verfassungsgericht sein.



Dokumentation

Die Einigung auf Neuwahlen im September

In der Nacht vom 26. auf den 27. Mai 2007 haben sich die Spitzenpolitiker der Ukraine auf einen Kompromiss zur Lösung der akuten Krise geeinigt. Die von Präsident Viktor Juschtschenko per Erlass verfügte Neuwahlen sollen durchgeführt werden – allerdings erst am 30. September. Im Gegenzug sollte die Opposition die vom Parlament seit dem Präsidialerlass zur Parlamentsauflösung verabschiedeten Gesetze im Nachhinein durch ihre Zustimmung sanktionieren. Gleichzeitig sollte eine Reihe wichtiger Gesetze (insbesondere zum WTO-Beitritt) noch vor den Neuwahlen verabschiedet werden. Das Parlament sollte alle erforderlichen Abstimmungen an zwei Sitzungstagen bis zum 30. Mai durchführen. Die Einigung der Spitzenpolitiker wird auf der nächsten Seite vollständig wiedergegeben.

Am 29. Mai beendete die Opposition ihren Boykott des Parlaments, das sie seit dem Präsidialerlass zu seiner Auflösung als nicht legitim betrachtet hatte. Aufgrund von Meinungsunterschieden über den Wortlaut etlicher zu verabschiedender Gesetze kam es jedoch zu Verzögerungen. Unter anderem setzte die Regierungskoalition die Festlegung einer Mindestwahlbeteiligung von 51% durch. Im Falle eines Wahlboykotts durch eine große Partei ist so damit zu rechnen, dass die Wahl ungültig wird. Die von der Opposition verlangte Einführung eines imperativen Mandats für Parlamentsabgeordnete wurde nicht zur Abstimmung gestellt. Es dauerte so bis zum 1. Juni, bis das Parlament allen vereinbarten Regelungen zugestimmt hatte. Der Präsident unterzeichnete die verabschiedeten Gesetze sofort.

Die Abgeordneten der beiden Oppositionsparteien Block Timoschenko und Unsere Ukraine legten daraufhin ihre Mandate nieder. Am folgenden Tag wurde diese Entscheidung auf Parteitag bestätigt und wurde damit rechtskräftig. 26 Abgeordnete des Block Timoschenko hatten sich geweigert, ihr Mandat niederzulegen. Der Parteitag beschloss deshalb, ihnen ihr Mandat zu entziehen. Aus Sicht der Opposition ist das Parlament damit aufgelöst, da die Zahl der Abgeordneten unter die in der Verfassung vorgeschriebenen 300 gesunken ist. Damit seien Neuwahlen zwingend erforderlich.

Die Verfassungsmäßigkeit dieser Argumentation wurde jedoch von Abgeordneten der Regierungskoalition bezweifelt. Parlamentspräsident Olexander Moroz erklärt, dass die Mandatsniederlegungen Verfahrensfehler beinhalten. Er bezweifelt ausserdem, dass alle Abgeordneten ihr Mandat persönlich und freiwillig niedergelegt hätten. Eine abschließende Feststellung der Gültigkeit der Mandatsniederlegungen könne nur durch die Zentrale Wahlkommission erfolgen. Solange die für die Beschlussfähigkeit erforderlichen 226 Abgeordneten anwesend seien, werde das Parlament deshalb seine Tätigkeit fortsetzen. Die Position der Opposition werde er nur akzeptieren, wenn sie vom Verfassungsgericht bestätigt würde.

Am 5. Juni hob der Präsident seine beiden vorhergehenden Erlasse zur Parlamentsauflösung auf und setzte Neuwahlen für den 30. September an. Der neue Erlass verfügt keine Parlamentsauflösung sondern konstatiert nur, dass das Parlaments durch die Mandatsniederlegungen der Abgeordneten der Opposition nicht mehr existiere. Eine Chronik der aktuellen Entwicklung findet sich am Ende dieser Ausgabe.

Die Einigung hat kurzfristig eine Eskalation der Krise verhindert. Sie löst jedoch nicht die zugrundeliegenden Probleme. Die Neuwahlen könnten durchaus die alten Kräfteverhältnisse im Parlament bestätigen. Die grundlegenden Kompetenzkonflikte zwischen Regierung und Präsident sind nicht beigelegt worden. Das Verfassungsgericht als letzte Entscheidungsinstanz hat seine politische Glaubwürdigkeit durch die politischen Manipulationen weitgehend verloren.

Heiko Pleines

Gemeinsame Erklärung des Präsidenten, Parlamentsvorsitzenden und Ministerpräsidenten über unaufschiebbare Maßnahmen zur Lösung der politischen Krise durch vorgezogene Neuwahlen zum Parlament, 27. Mai 2007 [nicht-amtliche Übersetzung]

In vollem Bewußtsein der umfassenden Verantwortung für die gesellschaftlich-politische und sozioökonomische Lage des Staates, zur Gewährleistung der Verhinderung einer Eskalation der Krise und ihrer unverzüglichen Lösung auf ausschließlich friedliche Weise und auf der Basis eines Dialoges zwischen den führenden politischen Kräften sowie der Sicherstellung der nationalen Interessen und der Einigkeit des Landes haben sich die Parteien auf folgendes geeinigt:

1. Um die erforderlichen Bedingungen zur Verwirklichung der verfassungsmäßigen Rechte der Bürger zu schaffen, muß garantiert werden, dass alle Versuche, die Spannungen in der Gesellschaft zu verstärken, abgewendet werden und alle Handlungen, die zu einer gewaltsamen Entwicklung führen, verhindert werden.
2. Vorgezogene Neuwahlen zum Parlament werden am 30. September durchgeführt.
3. Es wird anerkannt, dass die Neuwahlen zum Parlament in Übereinstimmung mit dem Erlass des Präsidenten auf der Grundlage von Teil 2, Absatz 82 der Verfassung durchgeführt werden.
4. Für die gesetzliche Gewährleistung von ehrlichen, transparenten und demokratischen Neuwahlen zum Parlament sollen vom Parlament vom 29. bis 30. Mai 2007 Plenarsitzungen durchgeführt werden, auf denen folgendes beschlossen wird:
 - Verabschiedung im Ganzen der Entwürfe der Rechtsakte, die von der Arbeitsgruppe der Bevollmächtigten Vertreter des Präsidenten, der Regierung, der Regierungskoalition und Parlamentsopposition vereinbart wurden (Anlage 1);
 - Bestätigung der Ergebnisse der Parlamentsabstimmungen des Zeitraums vom 2. April bis 29. Mai (Anlage 2);
 - Verabschiedung der vorläufig vereinbarten Gesetze, die den Beitritt der Ukraine zur WTO betreffen sowie weitere Gesetze zu sozialökonomischen Fragen (Anlage 3).
5. Die Regierung soll gemeinsam mit der Zentralen Wahlkommission die Umsetzung des Gesetzes „Über das staatliche Wählerverzeichnis“ gewährleisten.
6. Mit dem Ziel der Durchführung von ehrlichen, transparenten und demokratischen Wahlen sollen auf der Grundlage der Vereinbarungen, die durch die Arbeitsgruppe der Bevollmächtigten Vertreter des Präsidenten, der Regierung, der Regierungskoalition und Parlamentsopposition erreicht wurden, Änderungen in der personellen Zusammensetzung der Zentralen Wahlkommission vorgenommen werden.
7. Die beteiligten Seiten verpflichten sich, sich nicht außerhalb ihrer Kompetenzen in die Tätigkeit der Gerichte und der Rechtsschutzorgane einzumischen.

Der Präsident der Ukraine
V.A. Juschtschenko

Der Vorsitzende des Parlaments der Ukraine
A.A. Moroz

Der Ministerpräsident der Ukraine
V.F. Janukowitsch

Übersetzung: Lina Pleines

Quelle: <http://www.president.gov.ua/ru/news/data/print/16139.html>

Analyse

Die polnisch-ukrainische Partnerschaft: Probleme und Aussichten

Von Mykola Rjabtschuk, Kiew

Zusammenfassung

In der EU tritt Polen als konsequentester Anwalt der Ukraine mit einem klaren Bekenntnis für eine Westintegration der Ukraine auf. Hintergrund für dieses stabile Interesse sind auf der einen Seite eine lange historische Verbindung, die trotz dramatischer Konflikte in Polen ein Wissen über und ein Interesse an der Ukraine begründen, und auf der anderen Seite aktuelle politische Strategien.

Nachdem von den Staatspräsidenten Wałęsa und Krawtschuk nach der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine 1991 die vertraglichen Grundlagen der Nachbarschaft gelegt worden waren, standen insbesondere die guten persönlichen Kontakte zwischen den Präsidenten Kwaśniewski und Kutschma für eine sehr aktive polnische Ukraine-Politik mit dem Ziel, einen Ausgleich über die Bewertung der Vergangenheit herbeizuführen und eine strategische Partnerschaft zu begründen. Die aktuelle dritte Phase der bilateralen Beziehungen nach der „Orangen Revolution“ ist über symbolische Handlungen bisher nicht hinausgekommen, so dass trotz des hohen Niveaus der Kooperation das Potenzial, welches einerseits die Ukraine für den Stellenwert Polens in der EU und andererseits Polen für die Demokratisierung der Ukraine bietet, noch nicht genutzt wird.

Das polnische Interesse an der Ukraine

Von allen EU-Mitgliedsländern scheint Polen das einzige zu sein, das eine recht kohärente, umfassende und unzweideutige Politik gegenüber der Ukraine praktiziert. Dafür gibt es viele Gründe, zu denen auch spezielle geopolitische und ökonomische Interessen gehören. Der Hauptgrund ist aber der besondere Platz, den die Ukraine im polnischen historischen Bewusstsein einnimmt. Konsequenterweise haben die polnische Elite und die Gesellschaft im Allgemeinen ein sehr viel größeres Wissen über die Ukraine als die westeuropäischen Nachbarn Polens.

Natürlich ist dieses Wissen – insbesondere an der gesellschaftlichen Basis – stark von verschiedenen Mythen, aber auch von realen, hoch dramatischen polnisch-ukrainischen historischen Kontroversen beeinflusst. Jedoch handelt es sich hier um einen Fall, bei dem mit negativen Bildern besetztes Wissen immer noch besser ist als Ignoranz. Anders als der Westen wissen die Polen sehr gut, dass die Ukraine kein Markenzeichen für „Russland“ ist, eben weil die Polen selbst jahrhundertlang dieses Land beherrscht hatten, lange bevor irgendein „Russland“ aus dem marginalen, halborientalischen Moskowiter Staat herauswuchs. Was aber noch wichtiger ist: Die polnischen Intellektuellen – inspiriert von Jerzy Giedroyc und der von ihm bis zu seinem Tode in Paris herausgegebenen Zeitschrift „Kultura“ – haben nach dem Zweiten Weltkrieg sehr gute Arbeit geleistet, die Relikte imperialen Gedankenguts zu überwinden und die polnische Gesellschaft dazu zu bringen, die Existenz der unabhängigen Ukraine, des unabhän-

gigen Litauen und des unabhängigen Belarus als endgültig sowie als eine legitime und folgerichtige Entwicklung zu akzeptieren, die für die polnischen nationalen Interessen höchst wünschenswert ist.

Heutzutage ist das polnische Interesse an der Ukraine bis zu einem gewissen Grade „archäologischer“ Natur: Es speist sich aus der Neugier gegenüber einem bedeutenden Teil der polnischen Kultur und Geschichte. In bestimmter Hinsicht ähnelt sie der britischen Aufmerksamkeit gegenüber den Ländern des Commonwealth oder vielleicht auch dem Interesse der Deutschen an Danzig, Breslau oder Königsberg. Hinzu kommt, dass ein solch romantisch gelagertes Interesse Wissen bewirkt und umgekehrt. Gegenwärtig gibt es in Polen mehr Studenten, die ukrainebezogene Fächer belegen, und mehr Publikationen zu ukrainischen Themen als im übrigen Europa zusammen. Umgekehrt zieht solides Wissen praktische Schritte in Form einer aktiveren und effizienteren Politik und Wirtschaft nach sich.

Die Phasen der polnisch-ukrainischen Beziehungen

In der Regel unterscheiden die Beobachter der polnisch-ukrainischen Beziehungen der letzten 16 Jahre drei Phasen: Die erste Phase, die so vielversprechend begann, stellte sich als die am wenigsten ertragreiche heraus. Sie dauerte von 1991 bis 1994, d.h. von der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine – Polen war das erste Land, das sie offiziell anerkannt hat – bis zur Ablösung von Staatspräsident Leonid Krawtschuk durch seinen Nachfolger Leonid Kutschma. Trotz der

Aussage Krawtschuks, dass der „Grad der Kooperation mit Polen höher als [mit] jeglichem anderen Land in der GUS [Gemeinschaft Unabhängiger Staaten] einschließlich Russland“ sein werde, und Lech Wałęsas Wiederholung des Diktums von Józef Piłsudski, dass „es ohne eine unabhängige Ukraine kein unabhängiges Polen geben kann“, wurden von beiden Seiten wenig praktische Schritte unternommen, um den gegenseitigen Beziehungen tatsächlich Priorität einzuräumen. Beide Präsidenten schienen von ihren eigenen innenpolitischen Kämpfen sowie von unterschiedlichen internationalen Agendas absorbiert – während die Ukraine hart daran arbeitete, in den schwierigen Beziehungen zu Russland zu einer Regelung zu gelangen, drängte Polen entschieden in Richtung Mitgliedschaft in der Europäischen Union und der NATO. Obwohl einige wichtige Dokumente unterzeichnet worden sind – der „Vertrag zwischen der Republik Polen und der Ukraine über gute Nachbarschaft, freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit“ (1992) und die „Vereinbarung über das Polnisch-Ukrainische Grenzregime, über Kooperation und wechselseitige Unterstützung in Grenzangelegenheiten“ (1993) – zeigten sich weder Krawtschuk noch Wałęsa genügend kompetent und verpflichtet, die polnisch-ukrainischen Beziehungen zum Angelpunkt ihrer Politik zu machen.

Diese Situation änderte sich substantiell, wenn auch nicht radikal in der zweiten Phase (1994 – 2004). Dies war zum großen Teil den guten persönlichen Kontakten zwischen den Präsidenten Aleksander Kwaśniewski und Leonid Kutschma zu verdanken, aber auch die allgemeine politische Stabilisierung und die wachsende Reife der regierenden Eliten beider Länder trug ihren Teil dazu bei. Polen hatte erkannt, dass seine pro-aktive Ukraine-Politik eher einen Trumpf als ein Hindernis für seine Beziehungen mit Westeuropa und den Vereinigten Staaten darstellen kann. Die Ukraine fand angesichts der ständigen Notwendigkeit, den Druck Russlands auszugleichen, in Warschau bedeutend mehr positive Reaktionen als in westeuropäischen Hauptstädten. Einige wirtschaftliche Reformen, die Leonid Kutschma in den ersten Jahren seiner Amtszeit eingeführt hatte, verstärkten die ökonomische Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern und beflügelten die gegenseitige Kooperation in anderen Bereichen wie Handel, Investitionen, Diplomatie, grenzübergreifenden und militärischen Beziehungen usw. Im Mai 1997 wurde vom polnischen und vom ukrainischen Präsidenten die „Deklaration zur Verständigung und Versöhnung“ unterzeichnet – ein wichtiger Versuch, die polnisch-ukrainische „strategische Partnerschaft“ in den beiden Gesellschaften an der Basis zu befestigen.

Das Ende dieser Periode war jedoch von leichten Schwächesymptomen in der polnischen Wirtschaft und politischen Skandalen gekennzeichnet, mehr aber noch von wachsenden autoritären Tendenzen in der Ukraine und der offenkundigen Abwendung Leonid Kutschmas und seiner Gefolgsleute von liberalen demokratischen Prinzipien, der Rechtsstaatlichkeit und dem gesamten Katalog „europäischer Werte“, die sie vorgeblich befolgten. Sowohl die polnischen Politiker als auch die Gesellschaft mussten sich schließlich mit der im Westen weit verbreiteten „Ukraine-Müdigkeit“ abfinden sowie mit der Ächtung des ukrainischen Staatschefs in westlichen Hauptstädten nach der Gongadze-Affäre [Georgij Gongadze, ukrain. Journalist, der 2000 entführt und ermordet wurde. Präsident Kutschma geriet persönlich in den Verdacht, die „Beseitigung“ G.s angeordnet zu haben, Anm. d. Red.] und den Kolchuga-Tricks [Verkauf von „Kolchuga“-Radaranlagen an den Irak unter Verletzung des UN-Embargos Ende 2000, Anm. d. Red.]. Es schien, dass sich substantiell nichts zum Besseren verändern würde, solange das korrupte und autoritäre Regime in Kiew nicht abtrat.

Dennoch kam es in dieser Periode zu einer polnisch-ukrainischen Kooperation in Form der Gründung einer polnisch-ukrainischen Friedenstruppe (peace-keeping unit), der Stationierung ukrainischer Truppen im Irak unter polnischem Kommando, einer höchst wichtigen Vereinbarung zwischen den beiden Regierungen über die Verlängerung der Odessa-Brody-Pipeline nach Danzig, um aserbaidjanisches Öl nach Europa zu liefern, zu der nicht weniger wichtigen politischen Erklärung des ukrainischen und des polnischen Parlaments zu den interethnischen Massakern in Wolhynien in den Jahren 1943 / 44 sowie der gemeinsamen Teilnahme beider Präsidenten an einer öffentlichen Gedenkveranstaltung zu dieser Tragödie. Kleinere, aber genauso wichtige Schritte erfolgten im humanitären Bereich: die Gründung des Polnisch-Ukrainischen Kollegs in Lublin, das gute Chancen hat, den Status einer Europa-Universität zu erlangen, die Herausgabe spezieller „ukrainischer“ Ausgaben von polnischen Zeitschriften und umgekehrt, Kultur- und Bildungsstipendien, zahlreiche Programme im Rahmen der Polish-American-Ukrainian Cooperation Initiative (PAUCI) usw.

Während die EU gegenüber der Ukraine als „bad cop“ dazu neigte, die Peitsche herauszuholen, versuchte Polen als „good cop“ immer noch, mit Zuckerbrot zu animieren. Zu ihrer Ehre muss man feststellen, dass die Polen nicht aufgehört haben, Lobbyarbeit für die nationalen Interessen der Ukraine gegenüber der Europäischen Union und der NATO zu betrei-

ben. Diese Bemühungen kulminierten dramatisch während der „Orangen Revolution“ 2004 in der Ukraine, als der polnische Präsident Aleksander Kwaśniewski eine entscheidende Rolle bei der friedlichen Lösung der politischen Krise spielte, indem er sowohl die Vermittlung zwischen den Konfliktparteien übernahm als auch die EU-Kollegen in den Prozess einbezog.

Die aktuelle dritte Phase der polnisch-ukrainischen Beziehungen, von der viele erwartet hatten, sie würde von der „Orangen Revolution“ besonders inspiriert werden, hat die erwarteten Ergebnisse infolge verschiedener Gründe bisher nicht gezeitigt: Einerseits erhielt die Ukraine nicht die so stark benötigte europäische Fürsorge und Anleitung für die Beschleunigung von radikalen internen Reformen und versank schließlich in einer weiteren innenpolitischen Auseinandersetzung und anhaltenden politischen Krise. Andererseits erwies sich die neue, von den Brüdern Kaczyński angeführte Regierung in Polen als innenpolitisch ziemlich schwach und international nicht so durchsetzungsfähig, als dass sie in der Lage gewesen wäre, eine Führungsrolle bei der Formulierung der europäischen Ukrainepolitik zu übernehmen. Die polnisch-ukrainischen Beziehungen sind jedoch weiterhin recht gut, und die Zusammenarbeit entwickelt sich wie zuvor, aber sie erhielten, anders als erwartet, keinen neuen Impuls und erreichten keine neue Qualität. Im Grunde herrschen noch in vielen Fällen symbolische Handlungen vor, wo praxisorientierte Politik für den Alltag verlangt wäre.

Vielleicht ist es wahr, was einige Skeptiker behaupten, dass nämlich die Bemühungen, alte Animositäten in beiden Ländern zu überwinden, stark auf Politiker und Intellektuelle beschränkt sind und dass die beiderseitigen Vorurteile zwischen Polen und Ukrainern tief im kollektiven Gedächtnis und den familiären Mythologien verwurzelt bleiben. Es ist aber ebenso wahr, dass das Niveau der Zusammenarbeit zwischen Polen und der Ukraine ziemlich beeindruckend ist – berücksichtigt man die feindlichen, häufig blutigen Beziehungen in der Vergangenheit und die Inkompatibilität der politischen und ökonomischen Systeme in der Gegenwart. Heutzutage sind kleinere Spannungen und Abneigungen kaum nachteilig für die polnisch-ukrainischen Beziehungen – solange die positive Dynamik aufrechterhalten wird, die Politiker mit ihren Bemühungen zur Verständigung fortfahren und die Intellektuellen ihr nicht von Gegensätzen geprägtes Wissen teilen und die öffentliche Meinung in ihren Ländern über Massenmedien, Kultur und Bildungsarbeit informieren.

Obwohl Polen laut Meinungsumfragen des anerkannten polnischen Instituts CBOS (Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung) die Ukrainer als diejenigen von allen ihren Nachbarn betrachten, die sie sich am wenigsten als Freunde oder Familienmitglieder wünschen, erkennen sie gleichzeitig nach Untersuchungen des Warschauer Instituts für Öffentliche Angelegenheiten an, dass Polen die Ukraine sowohl in politischer als auch diplomatischer und sogar wirtschaftlicher Hinsicht unterstützen sollte. Während erstere Umfrageergebnisse weitgehend emotional auf augenscheinlich ethnischen Stereotypen basieren, sind letztere vor allem rational und pragmatisch und gründen sich auf reines geopolitisches und ökonomisches Kalkül.

Die ukrainische Sache in Europa stärken

Auf ukrainischer Seite genießen landesweiten Umfragen zufolge die Polen die größte Sympathie des Durchschnittsbürgers, nach den Belarussen und Russen (die von einem bedeutenden Teil der ukrainischen Bevölkerung tatsächlich nicht als „Fremde“ wahrgenommen werden). Zudem werden die polnischen Reformen als die für die Ukraine am wünschenswertesten genannt (nicht etwa, weil sie die besten sind, sondern wahrscheinlich weil sie besser bekannt und sichtbarer sind als etwa diejenigen in Slowenien oder Estland). Für viele Ukrainer wurde Polen eine reizvolle Alternative zum traditionell starken russischen Einfluss: Warschau und nicht Moskau ist der Ort, wo manche Geld machen wollen, ihre Ausbildung polieren oder als Künstler, Schriftsteller oder Wissenschaftler gepriesen werden möchten. Vielleicht ist der künstlerische Ruhm hier nicht so klangvoll wie in Paris, die Ausbildung nicht so glänzend wie in Cambridge und die Geldmengen nicht so riesig wie in New York, aber das Land ist nah, die Menschen freundlich und die Sprache verwandt. (Polnisch steht der ukrainischen Sprache nach Belarussisch am nächsten, noch vor Slowakisch und Russisch.) Auf der Liste der besuchten Länder steht Polen für die Ukrainer an zweiter Stelle nach Russland. Für die Einwohner der Westukraine liegt es sogar auf Platz eins – ein Viertel der dortigen Bevölkerung hat Polen besucht, und das ist nicht gerade wenig für ein Land, wo die Hälfte der Einwohner überhaupt noch nicht im Ausland war.

Mit Sicherheit sind die mannigfaltigen polnisch-ukrainischen Beziehungen des letzten Jahrzehnts eine zu wertvolle historische Errungenschaft und geopolitischer Gewinn, als dass sie irgendwelchen temporären und kaum begründeten Notwendigkeiten wie z.B. einer „Russia first“ Politik geopfert werden sollten, wie das von einigen einflussreichen EU-Mitgliedstaaten

befürwortet wird. Wie wichtig gute Beziehungen zu Russland auch sein mögen, der Westen sollte verstehen lernen, wie die Polen es bereits vor langer Zeit getan haben, dass der einzige Weg, die Beziehungen zu Moskau effektiv zu „normalisieren“, darin besteht, das neue demokratische Russland mit einer eher nationalen als imperialen Identität zu unterstützen. Ein imperiales Russland wird niemals entstehen, solange die Ukraine – der Eckstein der russischen imperialen Identität – sowohl politisch als auch wirtschaftlich stabil ist und jenseits des russischen Einflussesphäre eingebettet ist.

Die Erweiterung der Europäischen Union hat einige neue Chancen für die polnisch-ukrainischen Beziehungen geschaffen, und nicht nur Herausforderungen. Der EU-Beitritt ostmitteleuropäischer Länder, die eine viel genauere Vorstellung von Russland und ein zutreffenderes Verständnis

von der Ukraine haben als ihre westeuropäischen Verbündeten, wird letzten Endes die ukrainische Sache in Europa stärken. Einige dieser Länder können mit ihrer Kompetenz und ihrem persönlichen Interesse an den östlichen Nachbarn effektiv helfen, die verschiedenen EU-„Ost-Programme“ zu unterstützen und den westlichen Einfluss in der Ukraine auszuweiten. Gemeinsam haben sie sehr gute Chancen, das schon zu lange bestehende Gleichgewicht zwischen den reformorientierten prowestlichen und den reformabgeneigten antiwestlichen Kräften in der Ukraine zu verändern – ein Gleichgewicht, das bisher weitgehend sowohl die Stabilität als auch die Stagnation des Landes bestimmt hat und ebenso für seine Abneigung, dem Autoritarismus zur Konsolidierung zu verhelfen, wie auch für sein Unvermögen, die Demokratie zu festigen, steht.

Übersetzung aus dem Englischen: Silke Plate

Über den Autor:

Mykola Rjabtschuk, Jahrgang 1953, Schriftsteller, Publizist und Übersetzer, Mitbegründer der Kiewer Monatszeitschrift Krytyka, lebt in Kiew. Er veröffentlicht regelmäßig Beiträge in ukrainischen, polnischen und englischen Zeitungen und Zeitschriften.

Dokumentation

Deklaration zur Verständigung und Versöhnung (1997)

Der Präsident der Republik Polen und der Präsident der Ukraine,
im Bewusstsein der historischen Verantwortung gegenüber der heutigen und den zukünftigen Generationen von Ukrainern und Polen sowie im Bewusstsein der Rolle Polens und der Ukraine für die Stärkung der Sicherheit und Stabilität in Mitteleuropa und darüber hinaus in Würdigung der strategischen Partnerschaft beider Länder,

geleitet von den Beschlüssen des Vertrags über Gute Nachbarschaft, Freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit vom 18. Mai 1992,

in der Überzeugung, dass die Zukunft der polnisch-ukrainischen Beziehungen auf Wahrheit, Gerechtigkeit sowie auf ein tiefes und ehrliches Einvernehmen und Versöhnung gebaut werden soll,

in dem Wunsch, gemeinsam das komplizierte Erbe des polnisch-ukrainischen Schicksals zu überwinden, damit sich die Schatten der Vergangenheit nicht auf die gegenwärtigen freundschaftlichen und partnerschaftlichen Bande zwischen beiden Ländern und Nationen legen,

erklären:

In der jahrhundertealten Geschichte der polnisch-ukrainischen Nachbarschaft gibt es viele Beispiele ehrlicher Freundschaft, gegenseitiger Hilfe und Zusammenarbeit zwischen beiden Nationen. Es sind in ihr Waffenbrüderschaft, Stränge gegenseitiger kultureller Beeinflussung, die beide Nationen bereichern, und nachbarliches Wohlwollen zu finden.

Es sollen allerdings auch nicht die tragischen Kapitel außer Acht gelassen werden, wie die Jahrzehnte von Kriegen im 17. und 18. Jh., Anzeichen einer antiukrainischen Politik der polnischen Regierungen in den 20er und 30er Jahren des 20. Jh. und Verfolgungen der polnischen Bevölkerung in der Sowjetukraine in der Zeit der stalinistischen Repression. Nicht vergessen darf man das vergossene Blut der Polen in Wolhynien, insbesondere in den Jahren 1942 bis 1943, und die Grausamkeit der ukrainisch-polnischen Konflikte in den ersten Nachkriegsjahren. Ein gesondertes dramatisches Kapitel in der Geschichte unserer Beziehungen war die Aktion „Weichsel“, die auf die Gesamtheit der

ukrainischen Gemeinschaft in Polen abzielte. Das Verschweigen oder die einseitige Darstellung aller dieser Fakten mildert den Schmerz der Leidtragenden und der ihnen Nahestehenden nicht und dient nicht der Vertiefung des Verständnisses zwischen unseren Nationen.

Der Weg zu authentischer Freundschaft führt vor allem über die Wahrheit und das gegenseitige Verständnis. Wir erklären, dass das Ziel nicht die Rechtfertigung der Verbrechen, der Gewalt und die Anwendung kollektiver Verantwortung sein kann. Gleichzeitig erinnern wir daran, dass bisweilen die Konfliktquellen außerhalb der Ukraine und Polens lagen, dass sie von Ursachen bedingt waren, die unabhängig von Polen und Ukrainern bestanden, sowie von undemokratischen politischen Systemen, die unseren Nationen gegen den eigenen Willen aufoktroziert waren.

Wir ehren die Unschuldigen – die ermordeten, gefallenen und zwangsumgesiedelten Polen und Ukrainer. Wir verurteilen die Täter ihrer Leiden. Gleichzeitig drücken wir allen denen unsere Dankbarkeit aus, die im Laufe dieser schwierigen Jahre für die Annäherung unserer Nationen eingetreten sind.

Gegenwärtig sind Polen und die Ukraine souveräne Staaten, gute Nachbarn und strategische Partner. Deshalb sind auch die Überwindung der Bitterkeit, die Achtung der Menschenrechte sowie der grundlegenden Regeln und Normen des internationalen Rechts, aber auch der Wunsch, die Ukraine und Polen in einem vereinten Europa zu sehen, so wichtig.

Mit der Interpretation unserer gemeinsamen Vergangenheit, ihrer komplexen Phasen, sollten sich Spezialisten befassen, die in einer Atmosphäre von Offenheit die Fakten rechtschaffen untersuchen sowie deren objektive Bewertung vorbereiten werden.

Für ein besseres gegenseitiges Verständnis zwischen der polnischen und der ukrainischen Nation sollte der Dialog meinungsbildender Kreise geweckt werden.

Breiter genutzt werden sollten die Möglichkeiten der polnischen Bürger ukrainischer Abstammung und der ukrainischen Bürger polnischer Abstammung, die mit ihrer Arbeit einen bedeutenden Beitrag zur kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung unserer Staaten leisten. Sie sollten diejenigen sein, die eine engere Zusammenarbeit zwischen Polen und der Ukraine beleben. Beide Staaten sollten sich ihrerseits um sie kümmern und die Entwicklung der polnischen Minderheit in der Ukraine und der ukrainischen Minderheit in Polen unterstützen.

Die Republik Polen und die Ukraine bemühen sich, dass das Bewusstsein junger Ukrainer und Polen nicht mit Erinnerungen an die tragischen Kapitel der Geschichte belastet wird. Mögen die zukünftigen Generationen in einem gemeinsamen europäischen Haus leben, in dem kein Platz für Vorurteile und Misstrauen sein wird!

In dieser Überzeugung beschließen wir, die Präsidenten der Republik Polen und der Ukraine, gemeinsam, die Patenschaft über die Befestigung der Idee der polnisch-ukrainischen Verständigung und Versöhnung zu übernehmen.

In alter Zeit gossen unsere Vorfahren Wasser auf den Säbel als Zeichen des Friedens, des Bundes und der Bruderschaft. Heute wollen wir, Polen und Ukrainer, in unsere Herzen das Gefühl der Freundschaft und Solidarität gießen.

An der Schwelle zum 21. Jh. erinnern wir uns an die Vergangenheit, denken aber an die Zukunft!

Kiew, 21. Mai 1997

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Abdruck in der Gazeta Wyborcza vom 22. Mai 1997

Road Map für die Polnisch-Ukrainische Zusammenarbeit 2007 – 2008

Die Präsidenten der Republik Polen und der Ukraine,

geleitet von den Beschlüssen des Vertrags über gute Nachbarschaft, freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit vom 18. Mai 1992,

unter Berücksichtigung einer umfassenden Vertiefung der beiderseitigen Beziehungen, insbesondere der polnisch-ukrainischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit,

tätig für die Annäherung der polnischen und der ukrainischen Nation, die Überwindung beiderseitiger Vorurteile und die Erreichung der vollen historischen Versöhnung,

unter Berücksichtigung der Entwicklung der Integration der Ukraine mit der Europäischen Union unter Beachtung der Perspektive der Mitgliedschaft der Ukraine in dieser Organisation,

in der Erkenntnis des Gewichts der euroatlantischen Zusammenarbeit,

erkennen in der polnisch-ukrainischen Zusammenarbeit für die Jahre 2007 – 2008 als prioritär an:

1. Institutionelle Zusammenarbeit

- Fortsetzung der bilateralen Zusammenarbeit im Rahmen der bisherigen Formen des polnisch-ukrainischen Dialogs:
 - des Konsultationskomitees der Präsidenten Polens und der Ukraine,
 - der Polnisch-Ukrainischen Interregierungscommission für Wirtschaftliche Zusammenarbeit,
 - des Wirtschaftsforums Polen-Ukraine,
 - der Konferenz der Woiwoden und Woiwodschafsmarschälle der Republik Polen sowie der Vorsitzenden der Bezirksverwaltungen und der Vorsitzenden der Bezirksräte der Ukraine,
 - des Polnisch-Ukrainischen Interregierungsrats zur Koordination der Interregionalen Zusammenarbeit,
 - der Polnisch-Ukrainischen Ständigen Konferenz der Europäischen Integration;

2. Europäische Integration

- bilaterale Zusammenarbeit im Bereich der weiteren Implementierung des Aktionsplans Ukraine – EU;
- Vertiefung der Zusammenarbeit in Sektoren;
- Unterstützung der ukrainischen Seite in ihren Bemühungen um eine Mitgliedschaft in der WTO und in ihren Bemühungen, eine Freihandelszone zwischen der Ukraine und der EU zu schaffen;
- Umsetzung eines Schulungsprogramms für Beamte der ukrainischen öffentlichen Verwaltung und Selbstverwaltung;
- Unterstützung der ukrainischen Seite bei der Durchführung der Durchsicht der Gesetzgebung hinsichtlich der Verträglichkeit mit den Vorschriften der Europäischen Union;
- Überarbeitung, mit aktiver Teilnahme der ukrainischen Seite, der langjährigen polnischen Strategie zur Unterstützung der Ukraine für die Jahre 2007 – 2015;

3. Euroatlantische Zusammenarbeit

- Realisierung gemeinsamer, an die ukrainische Gesellschaft gerichteter Informationstätigkeiten über die NATO;
- Zusammenarbeit in der Umsetzung des Aktionsplans Ukraine – NATO;

4. Wirtschaftliche Zusammenarbeit

- Regulierung der Probleme im bilateralen Handel, insbesondere durch die Eliminierung protektionistischer Praktiken sowie durch Förderung der Steigerung der bilateralen Handelsumsätze;
- Aufnahme von Tätigkeiten zur Stabilität und Kohäsion des Handelsrechts als Grundlage für die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit;
- Unterstützung der Zusammenarbeit im Bereich Investitionen auf dem Gebiet Polens und der Ukraine;
- Fortsetzung der Tätigkeiten mit dem Ziel der Rekompensation von Verlusten, die polnische Investoren als Folge der Liquidierung der Ökonomischen Sonderzonen und der Gebiete Prioritärer Entwicklung getragen haben;
- weiterer Ausbau der Transportinfrastruktur zwischen Polen und der Ukraine;
- Investitionsentwicklung im finanziellen Sektor;
- Intensivierung der Zusammenarbeit im Bereich Touristik.

5. Energiesicherheit

- Fortsetzung der Tätigkeiten mit dem Ziel der praktischen Umsetzung des Baus der Pipeline Odessa-Brody-Plock
- Organisation eines Energiegipfels mit der Teilnahme der Präsidenten der Staaten Mitteleuropas, Zentralasiens und des Südkaukasus (Mai 2007), der zur Entstehung eines Transportkorridors für Energierohstoffe aus dem kaspischen Raum durch die Ukraine und die Republik Polen in die Europäische Union beitragen soll;
- Zusammenarbeit zur gemeinsamen Exploitation von Energierohstoffen;
- Fortsetzung der Zusammenarbeit im Bereich Elektroenergie.

6. Zusammenarbeit im Grenzbereich

- Modernisierung der bestehenden Grenzübergänge sowie Eröffnung neuer Grenzübergänge unter Ausnutzung entsprechender Fonds, darunter Mittel der Europäischen Union;
- weitere Intensivierung der Zusammenarbeit zur Bekämpfung der illegalen Migration;
- Unternehmung von Schritten, die darauf zielen, die Zoll- und Passkontrollen an den polnisch-ukrainischen Grenzübergängen zu rationalisieren;
- Aufnahme von Tätigkeiten mit dem Ziel, die Sicherheit der Grenzen zu vergrößern;
- Unterstützung der Bemühungen der Ukraine, Erleichterungen im Personenverkehr mit der EU zu erreichen, sowie der Bemühungen, die Perspektive eines visafreien Verkehrs aufzubauen, u.a. durch Aufnahme des kleinen Grenzverkehrs nach dem Beitritt Polens zu Schengen;
- Unterstützung der Entwicklung der polnisch-ukrainischen Kontakte auf der Ebene der lokalen Selbstverwaltung.

7. Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur und Bildung und gesellschaftliche Fragen

- weitere gemeinsame Tätigkeiten im Rahmen der von Polen und der Ukraine durchgeführten Fußball-Europameisterschaft im Jahr 2012 (EURO-2012);
- Zusammenarbeit zur Lösung der Probleme der nationalen Minderheiten: der polnischen in der Ukraine und der ukrainischen in Polen;
- Aktivierung des Austauschs zwischen Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen Polens und der Ukraine sowie des Jugendaustauschs;
- Fortsetzung der Tätigkeiten mit dem Ziel, Erleichterungen bei der Aufnahme eines legalen Arbeitsverhältnisses der Bürger der Republik Polen in der Ukraine und der Bürger der Ukraine in der Republik Polen einzuführen;

8. Historische Fragen

- Aktivitäten zur Erhaltung der polnischen und ukrainischen Orte des Martyriums auf dem Gebiet beider Länder und zur Erinnerung in Anlehnung an den „Vertrag zwischen der Regierung der Republik Polen und der Regierung der Ukraine über den Schutz von Gedächtnisorten und Ruhestätten der Opfer von Krieg und politischer Repression“, unterschrieben in Warschau am 21. März 1994, sowie an das „Protokoll der Umsetzung des o.g. Vertrags für die Jahre 2005 – 2007“;

Unterschrieben in Warschau am 27. April 2007.

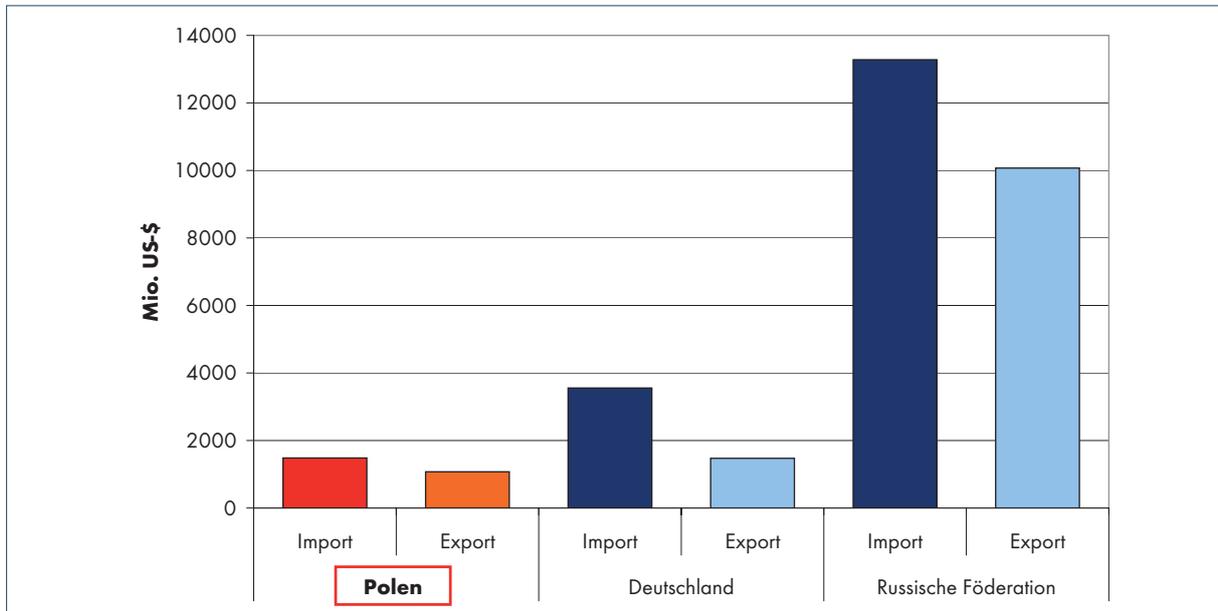
Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: <http://www.prezydent.pl/x.node?id=1011848&eventId=11027937;>

<http://www.prezydent.pl>

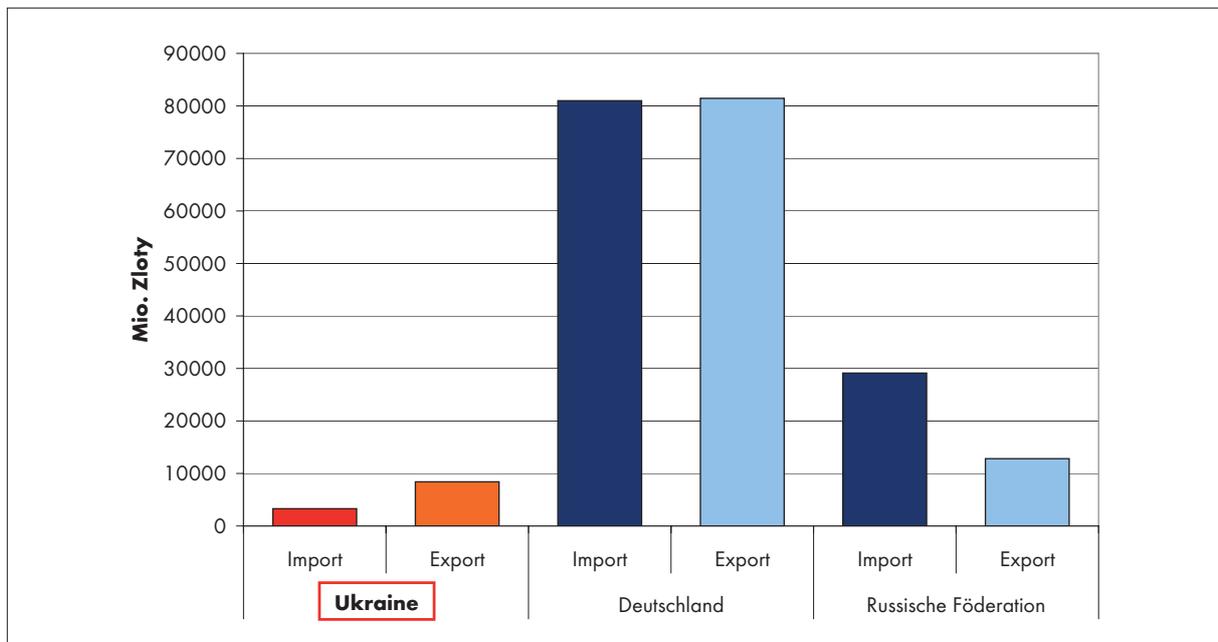
Tabellen und Grafiken zum Text
Statistiken zum Außenhandel

Der Umsatz im ukrainischen Außenhandel mit Polen, Deutschland und der Russischen Föderation (2005)



Quelle: *Ukraina u zifrach 2003 [Die Ukraine in Zahlen 2003]* und *Statistitschny Schtschoritschnik [Statistisches Jahrbuch der Ukraine für 2004]* sowie www.ukrstat.gov.ua

Der Umsatz im polnischen Außenhandel mit der Ukraine, Deutschland und der Russischen Föderation (2005)

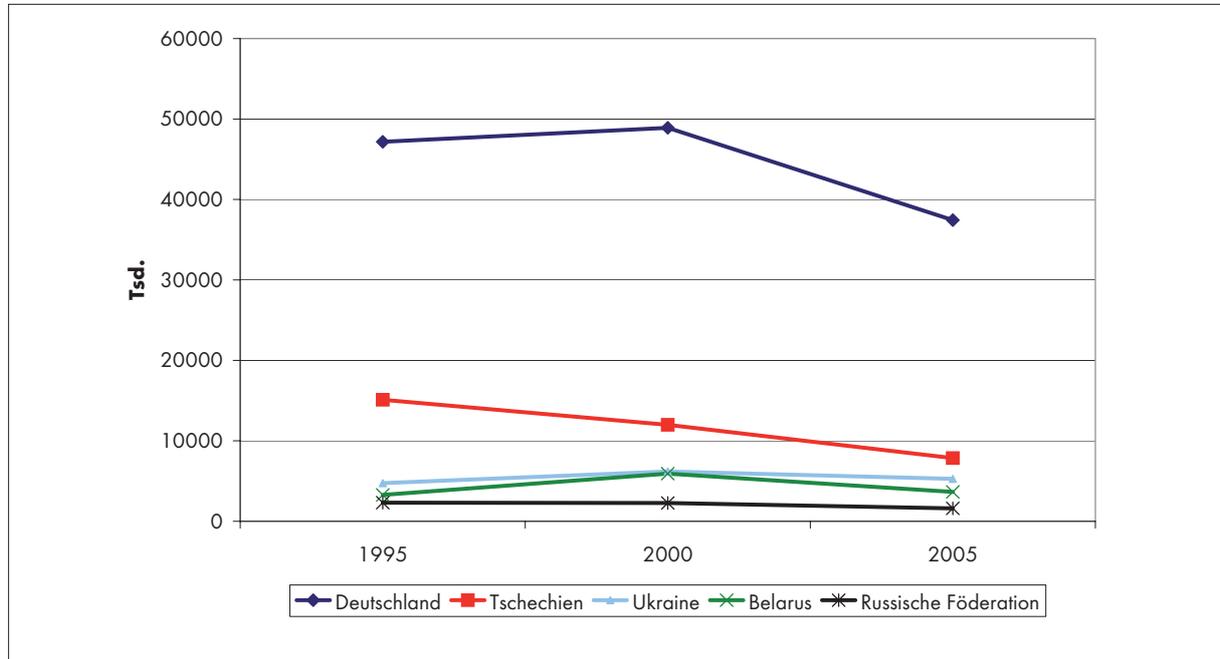


100 Zloty = 26,23 Euro (Stand: 04.06.2007)

Quelle: Główny Urząd Statystyczny: *Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2006: Handel zagraniczny: Obroty handlu zagranicznego według wybranych krajów.* [Statistisches Hauptamt: *Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2006: Außenhandel. Umsätze des Außenhandels nach ausgewählten Ländern.*]

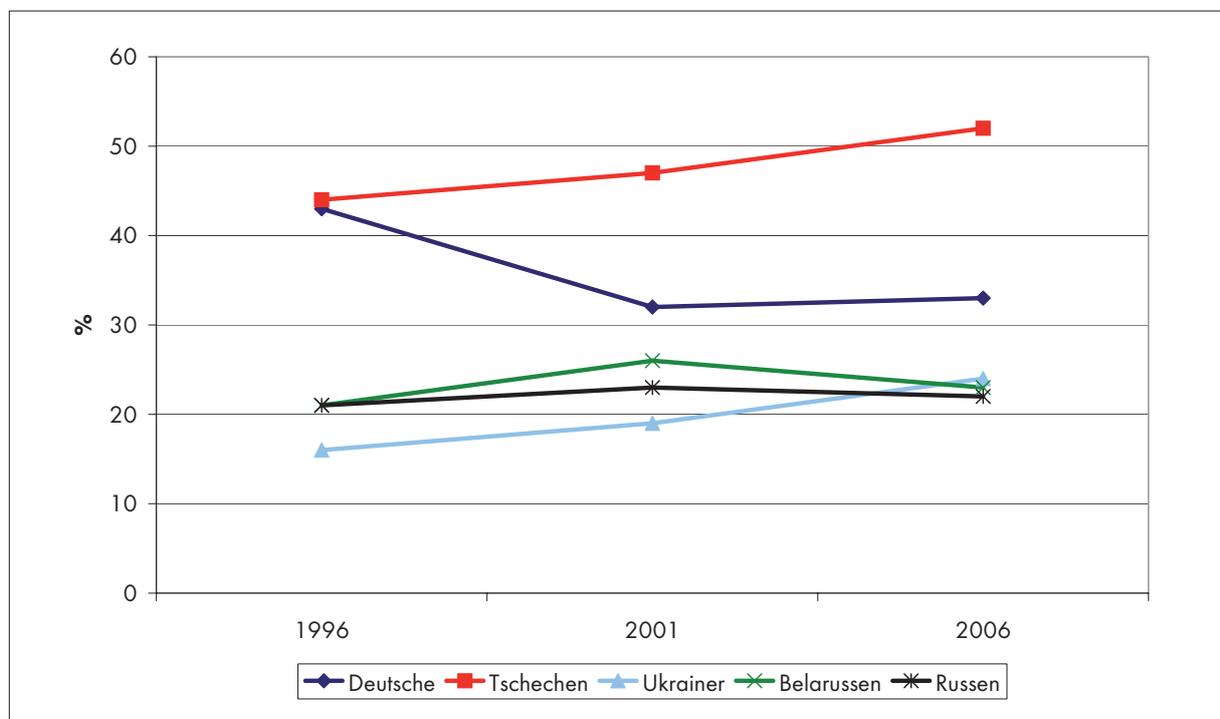
Polen und seine Nachbarn

Die Einreise von Ausländern aus den Nachbarstaaten nach Polen



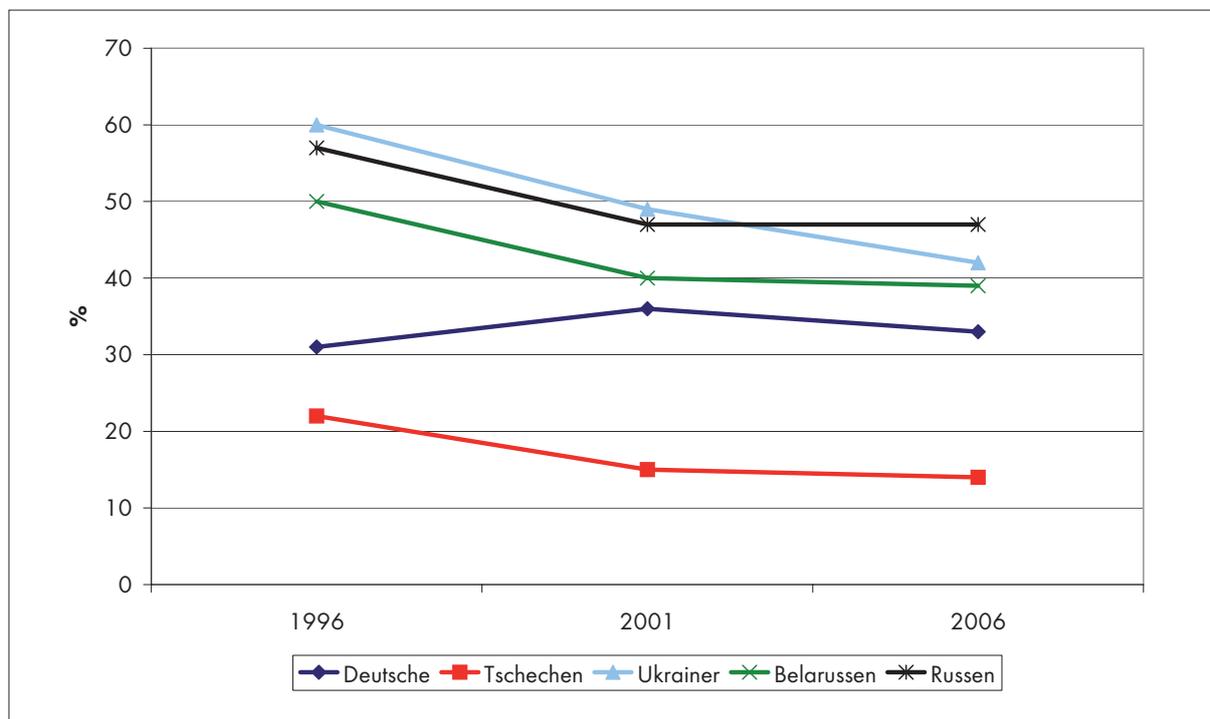
Quelle: Główny Urząd Statystyczny: Rocznik Statystyczny Rzeczypospolitej Polskiej 2006: Turystyka. Przyjazdy cudzoziemców do Polski. [Statistisches Hauptamt: Statistisches Jahrbuch der Republik Polen 2006: Tourismus. Die Einreise von Ausländern nach Polen.]

Sympathiebekundungen der Polen gegenüber den Nachbarnationen (in %)



Quelle: CBOS, BS/148/2006, Stosunek Polaków do innych narodów [Die Beziehung der Polen zu anderen Nationen], Warszawa, 10/2006, <http://www.cbos.pl>

Antipathie der Polen gegenüber den Nachbarländern (in %)



Quelle: CBOS, BS/148/2006, *Stosunek Polaków do innych narodów [Die Beziehung der Polen zu anderen Nationen]*, Warszawa, 10/2006, <http://www.cbos.pl>

Dokumentation

Euroregionen mit ukrainisch-polnischer Beteiligung

Von Halyna Kokhan, Nationale Universität „Kiew-Mohyla Akademie“

Durch die EU-Osterweiterung hat für die Ukraine die Entwicklung der Transportinfrastruktur und der grenznahen Infrastruktur an Bedeutung gewonnen. Polen als Nachbarstaat und EU-Mitglied ist der wichtigste Förderer der europäischen Integration der Ukraine und erhält einen großen Teil der Fördergelder aus den internationalen Programmen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Das wichtigste Instrument zur Entwicklung der grenznahen Regionen sind die sogenannten Euroregionen. An der ukrainisch-polnischen Grenzen befinden sich die Mitte der 1990er Jahre geschaffenen Euroregionen Bug und Karpathen, wobei die erstere zusätzlich die belarussische Region Brest umfasst und letztere zusätzlich slowakische, ungarische und rumänische Regionen.

Die Euroregion Karpathen umfasst in der Ukraine die Regionen Tschernihiw, Iwano-Frankiwsk, Lwiw und Transkarpathien und in Polen die Wojwodschaften Małopolskie und Podkarpackie. Die Euroregion Bug umfasst in der Ukraine die Region Wolhynien und in Polen die Wojwodschaft Lublin.

Die Euroregionen sind die am weitesten entwickelte Form der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. In der Ukraine wird die Beteiligung an der Euroregion durch das Gesetz über grenzüberschreitende Zusammenarbeit vom Juni 2004 geregelt, das folgende Definition vorgibt: „Eine Euroregion ist eine Organisationsform der Zusammenarbeit von territorialen Verwaltungseinheiten europäischer Staaten, die durch zwei- oder mehrseitige Abkommen über grenzüberschreitende Zusammenarbeit geschaffen werden.“

Die Euroregionen dienen der gemeinsamen Raumentwicklung durch die beteiligten Staaten. Sie betreffen auf der ukrainischen Seite auch Fragen der Beziehungen zwischen Zentrum und Regionen sowie der lokalen Selbstverwaltung. Nur auf der Basis einer gewissen Entscheidungsautonomie ist eine sinnvolle Beteiligung an den Euroregionen möglich. Dabei ist eine Zusammenarbeit der lokalen und regionalen Behörden unverzichtbar.

Die Regelungen der beiden Euroregionen Bug und Karpathen unterscheiden sich deutlich voneinander, was zu erheblichen Unterschieden in der Realisierung der Zusammenarbeit führt. Beide Euroregionen besitzen allerdings – ganz im Gegensatz etwa zur ukrainisch-belarussischen Euroregion Dnipro - keine vollständige Entwicklungsstrategie, die eine systematische Abstimmung der einzelnen regionalen Strategien erlauben würde. Wesentliche Entwicklungshindernisse bei der ukrainischen Beteiligung an den Euroregionen sind eine veraltete Infrastruktur, eine Vernachlässigung des Tourismus, schlechtes Marketing sowie eine mangelnde Beteiligung der lokalen Behörden.

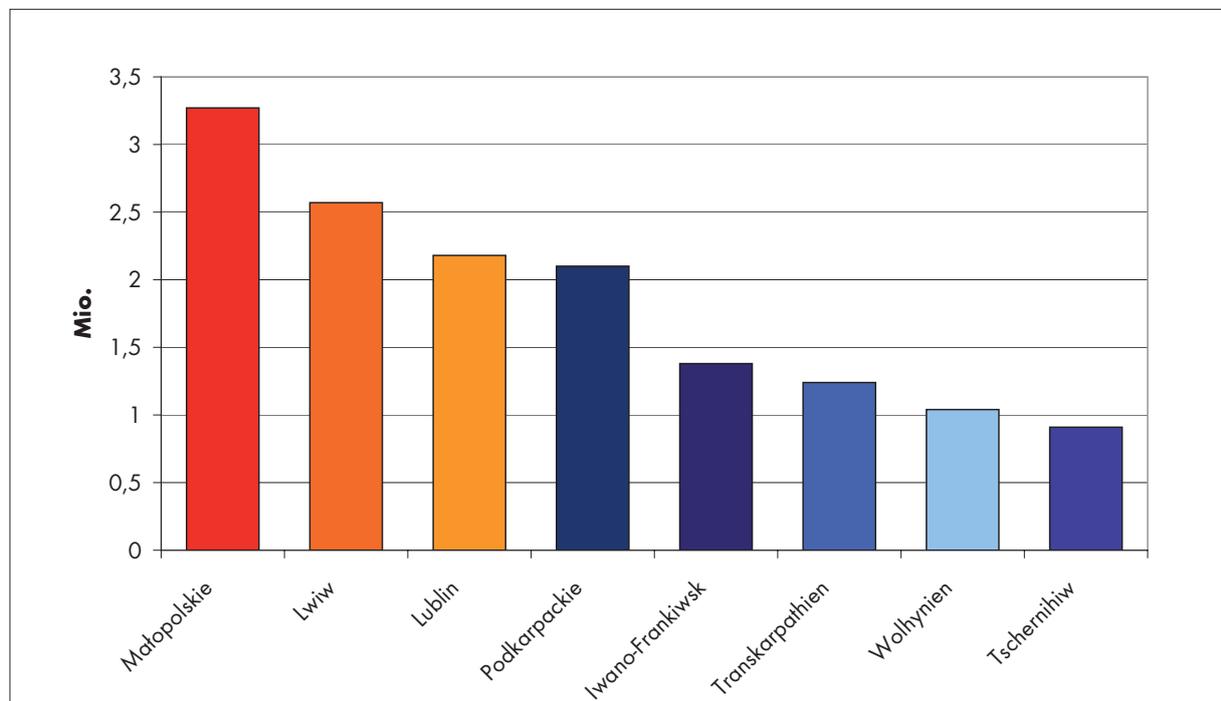
Da die Entwicklung der Euroregionen eine Vielzahl politischer und sozio-ökonomischer Aspekte beinhaltet, ist eine einfache Bewertung des Erfolges nicht möglich. Insgesamt zeigt sich ein deutliches Gefälle zwischen den weiter entwickelten polnischen (und auch slowakischen und ungarischen) Teilen der Euroregionen einerseits und den ukrainischen (und auch belarussischen) Teilen andererseits. Eine Analyse zentraler statistischer Kennzahlen der ukrainischen Regionen in den beiden Euroregionen zeigt, dass die Region Transkarpathien sich überdurchschnittlich dynamisch entwickelt, die Region Lwiw dank einer gut entwickelten Infrastruktur die meisten Investitionen erhält und die Regionen Wolhynien aufgrund der geringen Bevölkerungszahl und einer effektiven Regionalverwaltung pro Kopf die meisten Investitionen erhält. Die folgenden Grafiken geben einen Überblick über einige zentrale Kennzahlen.

Übersetzung: Lina Pleines

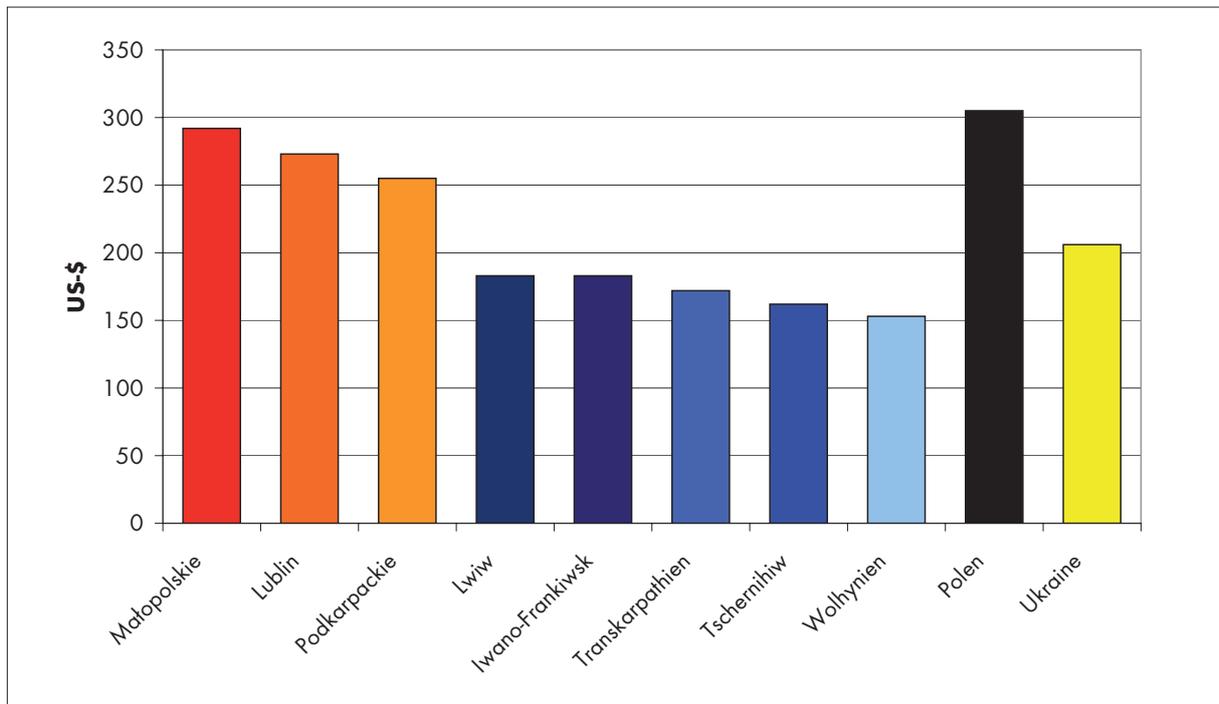
Statistische Kennzahlen zur sozioökonomischen Lage in den ukrainischen und polnischen Teilen der Euroregionen (2006)

Quellen: Statistikämter Polens und der Ukraine, www.stat.gov.pl und www.ukrstat.ua

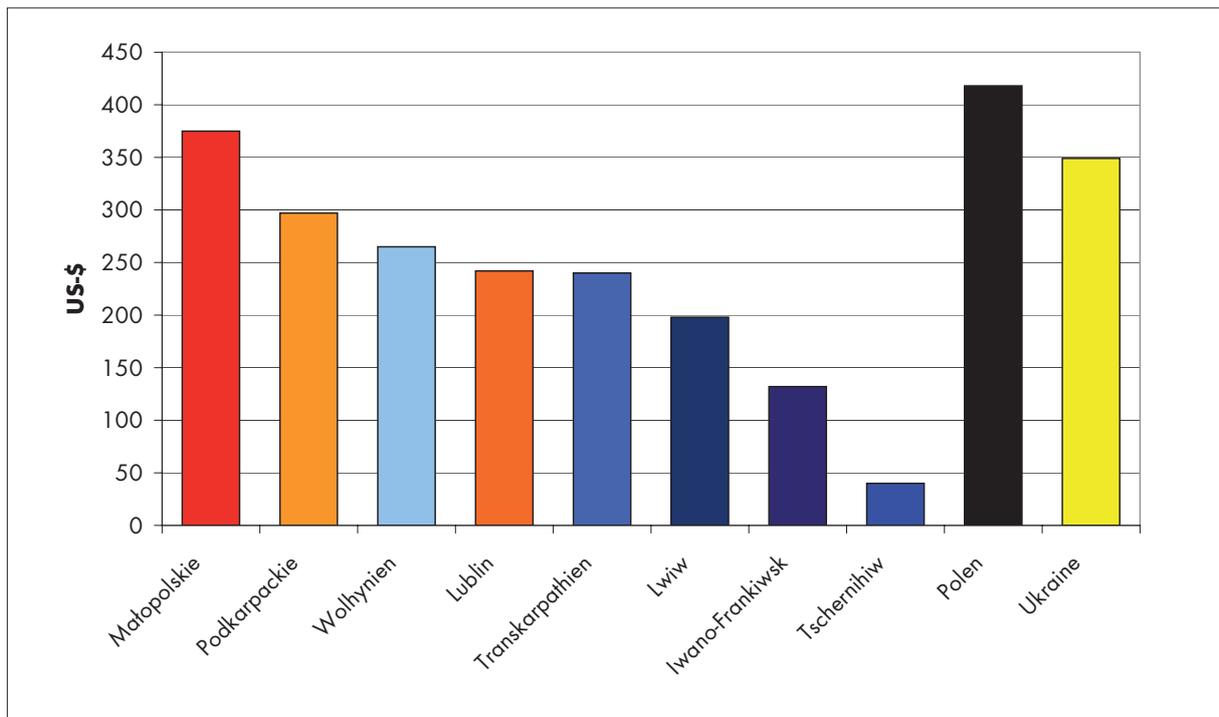
Grafik 1: Bevölkerung (in Mio.)



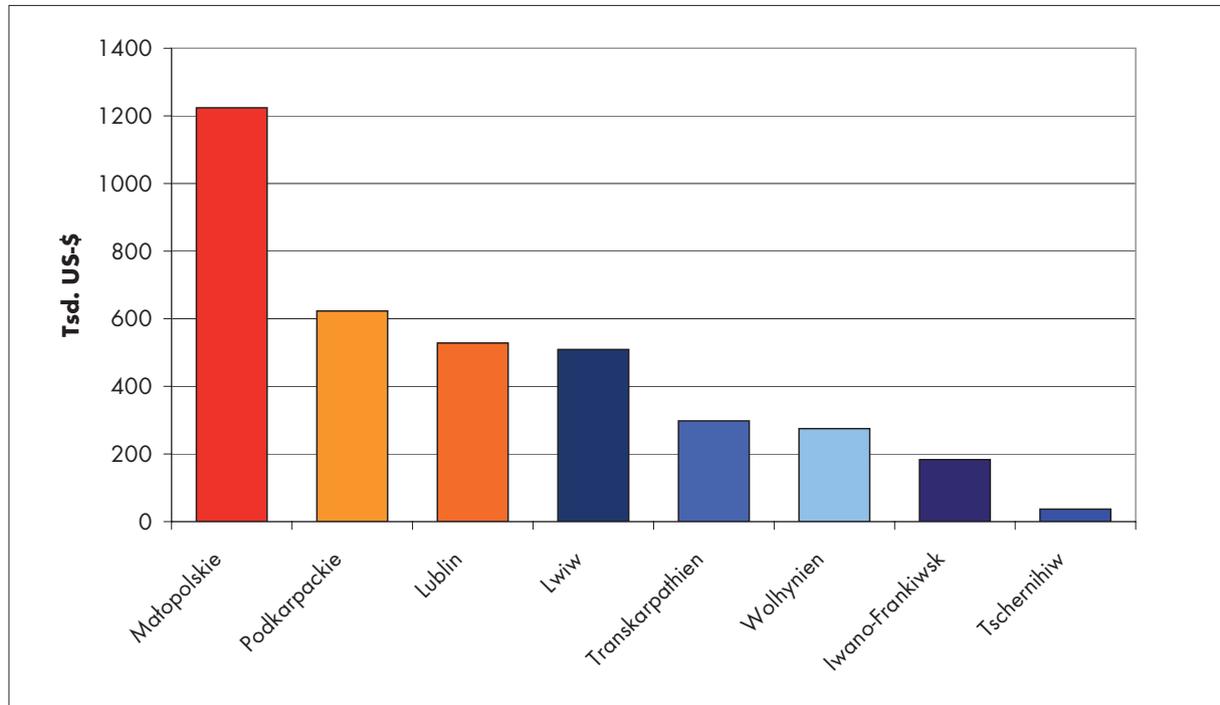
Grafik 2: Durchschnittliches Monatsgehalt (in US-Dollar)



Grafik 3: Investitionen pro Kopf (in US-Dollar)



Grafik 4: Ausländische Investitionen (in Tsd. US-Dollar)



Chronik

Vom 22. Mai bis zum 11. Juni 2007

22.5.2007	Der Leiter der Präsidentschaftsverwaltung, Viktor Baloha, erklärt, dass eine erneute Verschiebung des Termins für vorgezogene Parlamentswahlen möglich sei.
23.5.2007	Ministerpräsident Viktor Janukowitsch spricht sich für Neuwahlen im Herbst aus und fordert das Parlament auf ein entsprechendes „kleines Gesetzbuch“ zu verabschieden.
23.5.2007	Präsident Viktor Juschtschenko erklärt in einer Fernsehansprache, dass das Verfassungsgericht seine Legitimität verliere, weil es keine Entscheidungen fälle und die von ihm entlassenen Verfassungsrichter ihre Entlassung nicht akzeptieren. Diesbezüglich weist er den Generalstaatsanwalt an, eine Untersuchung aufzunehmen.
24.5.2007	Das Verfassungsgericht erklärt, dass zur Sitzung nur 10 der insgesamt 18 Richter erschienen seien, was unter dem erforderlichen Quorum von 12 liege.
24.5.2007	Das Parlament stimmt für die Entlassung des Verfassungsrichters Petro Stezjuk.
24.5.2007	Präsident Viktor Juschtschenko entlässt Generalstaatsanwalt Swjatoslaw Piskun. Die formale Begründung ist, dass Piskun nach seiner Ernennung im April entgegen der Vorschriften sein Parlamentsmandat nicht abgegeben habe. Juschtschenko wirft ihm gleichzeitig vor, nichts für die Durchsetzung seines Erlasses zur Parlamentsauflösung und zur Durchführung von Neuwahlen getan zu haben. Piskun, dem seine Entlassung vom Sicherheitsdienst in seinem Büro mitgeteilt wurde, erklärt die Entscheidung des Präsidenten für illegitim und kehrt mit Unterstützung von Abgeordneten der Regierungskoalition nach einem Handgemenge zwischen seinem Personenschutz und dem Sicherheitsdienst wieder in sein Büro zurück. Anschließend erscheint dort auch Innenminister Wasil Zuschko mit einer Polizeieinheit, die das Gebäude der Generalstaatsanwaltschaft abriegelt. Zuschko bezeichnet die Entlassung Piskuns als Staatsstreich des Präsidenten. Am folgenden Tag protestieren 3.000 Anhänger der Regierungskoalition vor dem Gebäude gegen die Entlassung Piskuns.
25.5.2007	Präsident Viktor Juschtschenko übernimmt per Erlass die Kontrolle über die Polizei und weitere bewaffnete Einheiten des Innenministeriums.
26.5.2007	Spitzenpolitik der Regierungskoalition und der Opposition treffen sich zu Verhandlungen, die die ganze Nacht andauern.

27.5.2007	Am Morgen erklären Präsident Viktor Juschtschenko, Ministerpräsident Viktor Janukowitsch und Parlamentspräsident Olexander Moroz, dass sie eine Einigung erzielt haben. Vorgezogene Neuwahlen zum Parlament sollen am 30. September stattfinden. Das Parlament soll die entsprechenden gesetzlichen Regelungen in zwei Sitzungen am 29. und 30. Mai verabschieden. (Die Einigung ist in der Dokumentation ab Seite 2 widergegeben.)
29.5.2007	Präsident Viktor Juschtschenko setzt seinen Erlass zur Parlamentsauflösung bis zum 30. Mai aus. Das Parlament kommt mit Verspätung zu einer Sitzung zusammen, an der erstmals seit dem Präsidialerlass vom 2. April zur Parlamentsauflösung wieder Abgeordnete aller Fraktionen teilnehmen.
30.5.2007	Abgeordnete der Opposition erscheinen morgens nicht zur vorgesehenen Parlamentssitzung. Erst am Nachmittag kann die Sitzung beginnen. Es wird jedoch bezüglich einiger strittiger Punkte keine Einigung erzielt, so dass die vorgesehenen Abstimmungen nicht stattfinden.
30.5.2007	Innenminister Wasil Zuschko erleidet einen Herzanfall.
31.5.2007	Präsident Viktor Juschtschenko setzt seinen Erlass zur Parlamentsauflösung für einen weiteren Tag (bis zum 1. Juni) aus.
31.5.2007	Das Parlament verabschiedet, wie in der Einigung vom 27.5. vorgesehen, wichtige Gesetze für den WTO-Beitritt des Landes. Die Verabschiedung der für die vorgezogenen Neuwahlen erforderlichen Regelungen scheitert aber erneut. Präsident Viktor Juschtschenko erklärt, dass er im Falle eines Scheiterns der Einigung Neuwahlen innerhalb von 60 Tagen verfügen werde. 168 Oppositionsabgeordnete legen ihre Mandate nieder, um so die Abgeordnetenzahl unter das in der Verfassung vorgesehene Minimum zu reduzieren und so Neuwahlen zu erzwingen.
1.6.2007	Das Parlament verabschiedet die für vorgezogenen Neuwahlen vereinbarten Gesetze. Zusätzlich wird eine Mindestwahlbeteiligung von 50% festgeschrieben.
2.6.2007	Präsident Viktor Juschtschenko unterzeichnet alle vom Parlament verabschiedeten Gesetze, die damit in Kraft treten.
2.6.2007	Präsident Viktor Juschtschenko ernennt Olexander Medwedko zum neuen Generalstaatsanwalt.
2.6.2007	Die Zentrale Wahlkommission, die vom Parlament neu besetzt wurde, wählt Wolodimir Schapowal zu ihrem Vorsitzenden.
2.6.2007	Auf ihren Parteitag bestätigen die beiden Oppositionsparteien Block Timoschenko und Unsere Ukraine die Mandatsniederlegungen ihrer Parlamentsabgeordneten. 26 Abgeordneten des Blocks Timoschenko, die sich einer Mandatsniederlegung verweigert hatten, wird ihr Mandat durch den Parteitag entzogen. Aus Sicht der Opposition und des Präsidenten Viktor Juschtschenko ist das Parlament damit aufgelöst. Ministerpräsident Viktor Janukowitsch und die Regierungskoalition widersprechen dieser Sicht. Sie planen weitere Parlamentssitzungen. Abgeordnete der Regierungskoalition erklären, die Frage an das Verfassungsgericht verweisen zu wollen.
5.6.2007	Präsident Viktor Juschtschenko annulliert seine beiden Erlässe zur Parlamentsauflösung und verfügt in einem neuen Erlass vorgezogene Parlamentswahlen für den 30. September.
5.6.2007	Auf einer Parlamentssitzung, an der die Oppositionsfraktionen nicht teilnehmen, erklärt Parlamentspräsident Olexander Moroz, ihre Mandatsniederlegungen seien mit Verfahrensfehlern durchgeführt worden und deshalb nicht gültig. Außerdem habe er Zweifel, dass alle Abgeordneten wirklich ihr Mandat persönlich und freiwillig niedergelegt hätten. Hinzu käme, dass die Zentrale Wahlkommission erst mitteilen müsse, ob Nachrücker für die ausgeschiedenen Abgeordneten zur Verfügung ständen.
6.6.2007	Präsident Viktor Juschtschenko bestätigt seine Sicht, dass das Parlament mit den Mandatsniederlegungen der Oppositionsabgeordneten aufgehört habe zu existieren.
7.6.2007	Das Parlament schickt eine Erklärung an alle ausländischen Vertretungen in der Ukraine, in der es mitteilt, das Parlament bestehe weiter und sei legitim.
7.6.2007	Unsere Ukraine und die Bewegung Selbstverteidigung des Volkes des ehemaligen Innenministers Juri Luzenko formen für die bevorstehenden Neuwahlen zum Parlament einen Wahlblock mit dem Namen „Union der demokratischen Kräfte“.
11.6.2007	Das Verfassungsgericht entscheidet, keine Verhandlungen über die Verfassungsmäßigkeit der Entlassung von drei Verfassungsrichtern durch den Präsidenten aufzunehmen.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2007 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.ukraine-analysen.de

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfaßt werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de